

BAG überörtliche Sozialhilfe beim LWL, 48133 Münster

Bundesministerin für Gesundheit
Frau Ulla Schmidt
10117 Berlin

Bundesministerium für Arbeit und Soziales
Herrn Olaf Scholz
10117 Berlin

Frau MdB Karin Evers Meyer
Beauftragte der Bundesregierung für
die Belange behinderter Menschen
10117 Berlin

Herrn MdB Hubert Hüppe
Beauftragter der CDU/CSU-Bundes-
fraktion für die Belange der Menschen
mit Behinderungen
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Herrn MdB Markus Kurth
Sozial- und behindertenpolitischer
Sprecher der Bundestagsfraktion
Bündnis 90/Die Grünen
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Bundesvereinigung der kommunalen
Spitzenverbände
gemäß Verteiler

Herrn
MdB Dr. Erwin Lotter
Behindertenpolitischer Sprecher der
FDP-Bundestagsfraktion
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Frau
MdB Sylvia Schmidt
Behindertenpolitische Sprecherin der
SPD-Bundestagsfraktion
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Sozialministerien der Länder
gemäß Verteiler

GKV-Spitzenverband
Mittelstraße 51
10117 Berlin

Vorsitzender
- Matthias Münning -
Tel.: 0251/591-237
Geschäftsführer
- Bernd Finke -
Tel.: 0251/591-6530/6531
Fax: 0251/591-6539
E-Mail: bag@lwl.org

Besuche: Warendorfer Straße 26 - 28
Briefe: 48133 Münster
Pakete: Freiherr-vom-Stein-Platz 1
48147 Münster

Bankverbindung
Konto-Inhaber: Hauptkasse des
Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe
WestLB AG Münster
Konto Nr. 60129 BLZ 400 500 00
BAGüS im Internet: www.bagues.de

Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge e. V.

Michaelkirchstraße 17/18

10179 Berlin

Deutsche Vereinigung für die Rehabilitation Behinderter e. V. (DVfR)

Friedrich-Ebert Anlage 9

69117 Heidelberg

Verband Deutscher Rentenversicherungsträger e. V.

Eysseneckstraße 55

60322 Frankfurt/Main

Bundesagentur für Arbeit

Regensburger Straße 104

90478 Nürnberg

Bundesarbeitsgemeinschaft der Integrationsämter und Hauptfürsorgestellen

Ernst-Frey-Straße 9

76135 Karlsruhe

Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege e. V.

Oranienburger Straße 13 – 14

10178 Berlin

Bundesarbeitsgemeinschaft der Landesjugendämter

c/o –Bayerisches Landesjugendamt

Richelstraße 11

80634 München

Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege

gemäß Verteiler

Verband Deutscher Alten- und Behindertenhilfe e. V. (VDAB)

Im Teelbruch 132

45219 Essen

Bundesarbeitsgemeinschaft der Höheren Kommunalverbände in der Bundesrepublik Deutschland beim LWL

48133 Münster

Bundesverband privater Anbieter sozialer Dienste e. V.

Hannoversche Straße 19

10115 Berlin

Bundesarbeitsgemeinschaft Werkstätten für behinderte Menschen

Sonnemannstraße 5

60314 Frankfurt am Main

Bundesvereinigung Lebenshilfe für Menschen mit geistiger Behinderung e.V.

Raiffeisenstraße 18

35043 Marburg

Bundesarbeitsgemeinschaft Unterstützte Beschäftigung (BAG-UB)

Schulterblatt 36

20357 Hamburg

Aktion Psychisch Kranke e. V.

Brungsgasse 4 – 6

63117 Bonn

Deutsches Zentrum für Altersfragen

Manfred-von-Richthofen-Straße 2

12101 Berlin

Bundesarbeitsgemeinschaft für Rehabilitation

Walter-Kolb-Straße 9

60594 Frankfurt/Main

Kuratorium Deutsche Altershilfe

An der Pauluskirche 3

50677 Köln

Unser Zeichen: (Bei Antwort bitte angeben)
BAGüS-04-00-01

21. September 2009

Reformvorschläge 2009 zur Weiterentwicklung des Sozialhilferechts (SGB XII), des Gesetzes zur Teilhabe behinderter Menschen (SGB IX) sowie der Pflegeversicherung (SGB XI)

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Bundesarbeitsgemeinschaft der überörtlichen Träger der Sozialhilfe (BAGüS) hatte bereits in den Jahren 1999, 2002 und 2005 Vorschläge zur Reform des Sozialhilferechts und der Pflegeversicherung vorgelegt. Sie stießen auf ein großes Interesse und führten konstruktiven Diskussionen. Wir können feststellen, dass ein Teil unserer Vorschläge von der Politik und der Bundesregierung aufgegriffen und in die Reformen der nunmehr ablaufenden Legislaturperiode des Deutschen Bundestages eingeflossen sind.

Die Bundestagswahl im September 2009 und die weitere folgende Diskussion über die neue Ausrichtung der Sozialpolitik veranlasst uns, unsere Vorschläge zur Reform und Weiterentwicklung des Sozialhilferechts, des Gesetzes zur Teilhabe behinderter Menschen sowie der Pflegeversicherung zu erneuern und aktualisiert vorzulegen.

Die UN-Konvention hat die Ausgangslage entscheidend verändert. Gleichberechtigte Teilhabe und Inklusion der Menschen mit Behinderung sind in allen Lebenslagen von den jeweils verantwortlichen staatlichen Stellen herzustellen. Die Menschen mit Behinderungen dürfen nicht auf Fürsorgeleistungen verwiesen werden.

Gleichwohl sind die Überlegungen der überörtlichen Träger der Sozialhilfe mehr denn je von der großen Sorge getragen, dass angesichts der kritischen Finanzsituation der öffentlichen Hand sowie der Prognosen über die künftige Fallzahlentwicklung in der Behindertenhilfe und der Pflege die notwendigen Leistungen an behinderte und pflegebedürftige Menschen ohne gravierende Änderungen und Umsteuerungen nicht mehr finanzierbar sind.

Die **Reformvorschläge 2009** fügen wir als Anlage bei. Sie stehen in den nächsten Tagen auch auf der Internetseite der BAGüS unter

<http://www.lwl.org/LWL/Soziales/BAGues/Veroeffentlichungen> zur Verfügung.

Wir haben bewusst darauf verzichtet, zum jetzigen Zeitpunkt konkrete Vorschläge zur Änderung einzelner gesetzlicher Bestimmungen zu unterbreiten, werden diese aber gerne zum gegebenen Zeitpunkt vorlegen. Selbstverständlich sind wir auch gerne bereit, Ihnen unsere Überlegungen und Vorschläge im Einzelnen zu erläutern und mit Ihnen zu diskutieren.

Mit freundlichem Gruß

Matthias Münning